

Peter Brandt

Die Ukraine – Nation im Werden oder gescheiterte Nationsbildung?

Während »nation« im Englischen meist einfach für Staat steht, vermag die deutsche Sprache, auch im wissenschaftlichen Feld, zwischen »Nation« als einer Kommunikations-, Bewusstseins- und Gefühlsgemeinschaft einerseits und »Nationalstaat« als Staat, dessen Bewohner sich ganz überwiegend als Angehörige derselben nationalen Gemeinschaft empfinden, andererseits zu differenzieren. Die Nation muss nicht oder nicht vorwiegend ethnisch bzw. muttersprachlich-kulturell definiert sein (zumal auch der der Nationsbildung weit vorausgehende Vorgang der Ethnogenese eher politisch-gesellschaftlich als biologisch verstanden werden muss). Gängig ist die idealtypische Unterscheidung zwischen dem »westlichen«, vor allem französischen, auf inklusive Staatsbürgerschaft und politischer Selbstbestimmung gegründeten und dem auf Herder zurückgehenden »deutschen«, auf die Sprach- und Kulturgemeinschaft abhebenden Nationsbegriff. In der historischen Realität des 19. Jahrhunderts waren diese – übrigens beide der Aufklärung entsprungenen alternativen Konzepte stets ineinander verweben. So wenig die Identitätsvorstellungen der etablierten westlichen Verfassungsstaaten ohne zumindest implizite Bezugnahmen auf die (vermeintliche) nationale Geschichte und Kultur auskamen, so wenig abstrahierten die Nationalbewegungen der Völker ohne Staat oder ohne einheitlichen Staat von den politischen Emanzipationszielen der Epoche. Vielmehr waren sie in aller Regel mit den liberal-demokratischen Bestrebungen bis zur Ununterscheidbarkeit verbunden. Für die konservativen und etatistischen Kräfte war umgekehrt der nationale Gedanke jahrzehntelang nicht weniger bedrohlich als der liberale bzw. demokratische. Allerdings vollzog sich im

letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ein gewisser Funktionswandel des Nationalismus, indem einerseits die Machthaber in den etablierten Nationalstaaten bzw. Imperien bemüht waren, durch eine Adaption des nationalen Gedankens im Innern legitimatorische Ressourcen zu aktivieren und zugleich für expansive Außenpolitik Unterstützung zu gewinnen; Es war die Epoche des Imperialismus und Kolonialismus. Von der damit angedeuteten Schwerpunktverlagerung der nationalen Ideologien von links nach rechts unter verstärkter Betonung der exklusiven, national-antagonistischen und aggressiven Aspekte blieben auch die Nationalbewegungen der nach deren Verständnis unerlösten Völker oder Volksteile nicht unberührt, ohne dass die emanzipatorischen und demokratischen Aspekte einfach verschwunden wären. Es hing und hängt bis heute von den konkreten Umständen ab, von den gesellschaftspolitischen Konnotationen, den Trägerschichten und den auswärtigen Bündnispartnern, welche historische Rolle eine gegebene Nationalbewegung spielt. Im ostmitteleuropäischen, südeuropäischen und osteuropäischen, vorwiegend slawischen Bereich, der bis Mitte des 19. Jahrhunderts und länger weitgehend zwischen den imperialen Mächten Russland, Österreich bzw. Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich, in geringerem Maß auch Preußen bzw. Deutschland aufgeteilt war, vollzog sich die Nationsbildung als sozialer und kultureller Vorgang mit teilweise erheblicher Verzögerung: Die gerade im deutschen Fall stimulierenden wirtschaftlich-sozialen Prozesse mit der Herausbildung eines nationalen Marktes verliefen langsamer und in ihrer Richtung weniger eindeutig. Während aber etwa die polnische Nationalbewegung sich an dem

Leitbild der mittelalterlich-frühneuzeitlichen Adelsrepublik (und übrigens der frühesten modernen Verfassungsurkunde Europas vom 3. Mai 1791) sowie einer alten, hochentwickelten Nationalkultur orientieren konnte, hatten manche Sprachgemeinschaften niemals einen »eigenen« Staat besessen. Die autochthonen Sprachen existierten teilweise nur noch als Bauern- und Unterschichtendialekte. Ferner waren die ethnografischen und linguistischen Verhältnisse im östlichen Teil des Kontinents dadurch gekennzeichnet, dass – anders als zwischen den germanischen und den romanischen Sprachzonen, wo die Grenzen über Jahrhunderte relativ konstant blieben – bis zu den großen Vertreibungen und Umsiedlungen der 1940er Jahre eine ausgeprägte Gemengelage ebenso charakteristisch war wie das Vorhandensein »schwebenden«, national kaum zuordenbaren »Volkstums«. So gab es im Osten des Deutschen Kaiserreichs von 1871 ursprünglich slawische, aber weitgehend assimilierte Volksgruppen wie die Kaschuben und die Masuren, die sich aus spezifischen Gründen der politischen Nation der Deutschen eher zugehörig fühlten als den »stammverwandten« Polen, ganz anders als die Bewohner der preußischen Provinz Posen, wo im nationalen Selbstbehauptungskampf ein außerstaatliches »polnisches Gemeinwesen« entstand.

Unter den diversen national-kulturellen und national-politischen Bestrebungen im östlichen Europa waren die der Ukrainer im Hinblick auf deren Existenz als Volksnation in besonderer Weise problematisch: Die ukrainische Nationalidee ist in mehrfacher Hinsicht eng verbunden mit der russischen. Dabei geht es nicht allein um die sprachliche Verwandtschaft (beides, wie auch das weißrussische, ostslawische Sprachen, geschrieben in kyrillischen Buchstaben) und die Nähe der religiösen Konfessionen: in der Ukraine gibt es heute drei konkurrierende orthodoxe Kirchen sowie die mit dem römischen Katholizismus ver-

bundene, »unierte« Kirche mit byzantinisch-ukrainischem, also ebenfalls ostkirchlichem Ritus, letztere hauptsächlich im Westteil des Landes. Gemeinsam ist Russen und Ukrainern der auf die Kiewer Rus des 9. bis 12. Jahrhunderts zurückgehende nationalstaatliche Ursprungsmythos.

Einen selbstständigen ukrainischen Staat gab es nur jeweils kurze Zeit nach 1648 und nach 1917, als die bürgerliche Konstituante (Zentralrada), ein unter deutschem Protektorat errichtetes sogenanntes Hetmanat und die Bolschewiki um die Macht rangen. Ostgalizien, Wolhynien und die Bukowina-Gebiete, die mit dem größten Teil der Gesamtukraine schon bis Ende des 18. Jahrhunderts ganz überwiegend zum polnischen Staat gehört hatten, blieben infolge des polnisch-russischen Kriegs von 1920 bei Polen. Vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert gehörten sie zum cisleithanischen (österreichischen) Teil der Donaumonarchie, die – im Kontrast zu den Russifizierungsmaßnahmen des Zarenreichs – die ukrainische Sprache und Literatur förderte: als Gegengewicht zum Polentum. Lemberg (polnisch: Lwów, ukrainisch Lviv), jahrhundertlang bewohnt von Angehörigen unterschiedlicher Nationalitäten, hatte bis zur Vertreibung der dort lebenden Polen nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Westukraine endgültig sowjetisch und somit ukrainisch wurde, eine zentrale Bedeutung sowohl für das polnische als auch für das ukrainische Nationalbewusstsein.

Das Ukrainische hat eine lange Tradition, entwickelte als moderne Schrift- und Literatursprache, geschaffen auf der Grundlage der Volkssprache, aber erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts feste Formen. Im Polen der Zwischenkriegszeit, zunehmend autoritär regiert, wurden die kulturellen und politischen Autonomiebestrebungen der Ukrainer ebenso unterdrückt wie die anderer nationaler Minderheiten. Eine Organisation ukrainischer Nationalisten (O.U.N.) und deren geheime Mili-

tärorganisation (U.V.O.) formierten sich im Untergrund gegen den polnischen wie den sowjetischen Staat und setzten ihre Hoffnung auf nationale Befreiung in der zweiten Hälfte der 30er Jahre mehr und mehr auf NS-Deutschland, namentlich mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Dort war die Förderung der ukrainischen Sprache und Kultur während der 20er Jahre einem mit blutigen Säuberungen der ukrainischen Kommunistischen Partei und mit einer schweren Hungersnot (4-6 Millionen Todesopfer) während der Agrarkollektivierung einhergehenden erneuten Russifizierungskurs gewichen; die Westukraine war aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes der Ukrainischen Sowjetrepublik zugeschlagen worden. Die Führer des radikalen Flügels der ukrainischen Nationalisten, unter deren Namen Stepan Bandera am bekanntesten ist, proklamierten nach der Einnahme Lembergs durch die Deutsche Wehrmacht Ende Juni 1941 die Wiederherstellung des ukrainischen Staates. Sie dachten an die eigenständige Beteiligung am deutschen »Unternehmen Barbarossa«, eine Rolle, die die Nationalsozialisten ihnen jedoch keinesfalls zuerkennen wollten. Vielmehr wurden sie als Störenfriede des brutalen Kolonialisierungsprogramms der Okkupanten verhaftet und teilweise ins KZ überführt. Einige von ihnen bildeten nach Kriegsende eine ukrainische Exilregierung in München, wo Bandera im Oktober 1959 ermordet wurde. Im Land selbst gingen anti-sowjetische Partisanenkämpfe nach 1945 noch jahrelang weiter.

Die Geschichte der Ukraine, der wirtschaftlich am weitesten entwickelten sowjetischen Teilrepublik, in der Nachkriegszeit war – nach einer erneuten Säuberungswelle im Zuge des Kampfes gegen den »ukrainischen Nationalismus« einschließlich umfangreicher Umsiedlungsmaßnahmen sowie einer erneuten Hungersnot 1946/47 – gekenn-

Zwischen Eigenständigkeit und Russifizierung

zeichnet durch eine Art Pendelbewegung zwischen einer relativ großzügigen Nationalitätenpolitik des Kreml mit Betonung einer gewissen ukrainischen Eigenständigkeit und Russifizierungstendenzen samt Eingriffen in die Zusammensetzung der einheimischen KP-Führung. Seit den 60er Jahren traten oppositionelle Strömungen, namentlich im national-kulturellen und religiösen Feld, wieder stärker in Erscheinung; doch erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, in der Periode von Gorbatschows Öffnungspolitik, formierte sich eine gewichtige Nationalbewegung, atmosphärisch angefeuert durch den verantwortungslosen Umgang der Behörden mit dem Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986.

Die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine am 28. August 1991 ergab sich aus dem Zerfall der UdSSR. Die brisantesten Probleme, die Beseitigung des umfangreichen Atomwaffenarsenals auf ukrainischem Boden und die Stationierungsrechte der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim (die, traditionell zu Russland gehörend, 1954 der ukrainischen Teilrepublik übereignet worden war) konnten zwischen 1994 und 1997 einvernehmlich gelöst bzw. zwischenzeitlich geregelt werden: durch die Übernahme der Kosten für die Beseitigung der Kernwaffen seitens der USA, die dann zusammen mit Großbritannien und Russland die territoriale Integrität der Ukraine garantierten sowie durch ein Flotten-Stützpunktabkommen, das 2017 ausgelaufen wäre und 2012 für 30 weitere Jahre verlängert wurde.

Im Innern der Ukraine verlief der Transformationsprozess ausgesprochen schleppend, die Oligarchenmacht blieb ungebrochen, krasser noch als in Russland. Allerdings formierten sich im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zwei innenpolitische Lager, in denen konkurrierende Oligarchenfraktionen mit unterschiedlichen ökonomischen Interessen die kulturelle Kluft zwischen dem Westen und der

Mitte einerseits, dem Osten und dem Süden des Landes andererseits zugleich abbildeten und funktionalisierten. Dass die »Orangene Revolution« von 2004, eine Reaktion auf vermutete Wahlmanipulationen, auch demokratischen, zivilgesellschaftlichen Protest artikulierte, ist offenkundig; doch brachten die Jahre der Präsidentschaft Viktor Juschtschenkos und der Regierung Julia Timoschenkos, selbst eine der großen Oligarchinnen, bezüglich der Erbübel Korruption und Nepotismus keine nennenswerte Besserung, und das Ansehen der neuen Machthaber verfiel in kurzer Zeit. Ob der Sturz des daraufhin in regulären Wahlen erneut an die Präsidentschaft gelangten Viktor Janukowitsch, eines Repräsentanten der russisch orientierten Großindustriellen der Ostukraine mit ihrer Partei der Regionen, durch die Maidan-Massenbewegung vor gut einem Jahr, hier substantielle Fortschritte bringen wird, muss mit einer gewissen Skepsis abgewartet werden, auch wenn die Korruptionsbekämpfung auf der Agenda des neuen Präsidenten Viktor Poroschenko und des Premiers Arsenij Jazenjuk weit oben steht. Die Regierung sah sich inzwischen genötigt, massive Steuererhöhungen zu beschließen, die zusammen mit Preiserhöhungen für Strom und öffentliche Verkehrsmittel die ohnehin auf kärglichem Niveau lebenden breiten Massen belasten. Die Inflationsrate liegt bei geschätzten 25 %. Gerechnet in US-Dollar ist die Wirtschaft der Ukraine in den letzten Jahren, deutlich vor dem Beginn der militärischen Auseinandersetzungen, regelrecht geschrumpft.

Trotz alledem scheint es so, als ob sich in der Konfrontation mit dem großen Nachbarn im Osten so etwas wie eine nachholende Nationsbildung vollzöge. Diese Konstellation – Nationsbildung durch Abgrenzung von einem auswärtigen früheren Hegemon – ist historisch nicht ungewöhnlich, auch nicht die gewaltsame Form, in der das geschieht, ebenso wenig die Anlehnung an andere, mit der Hege-

monialmacht aktuell oder potenziell rivalisierende Großmächte. Dass die USA und die von ihnen geführte NATO die nationalen Emanzipationsbestrebungen erst der Warschauer-Pakt-Staaten, dann der ehemals zur Sowjetunion gehörenden nicht-russischen neuen Staaten in Osteuropa und Asien nutzten, um den alten Antipoden im Ost-West-Konflikt und immer noch militärischen Giganten weiter zu schwächen und für den Fall der Nichtanerkennung der amerikanischen Weltdominanz zu isolieren, ist offensichtlich, im Zusammenhang dieser Betrachtung aber nicht wesentlich. Wesentlich ist, dass der mit der Maidan-Bewegung und den separatistischen Reaktionen im Osten der Ukraine der Schwebestand beendet wurde, in dem sich das nationale Selbstverständnis der Ukraine in dem mittlerweile beinahe einem Vierteljahrhundert ihrer Existenz als souveräner Staat befand. Der größere Teil des Landes mit der Westukraine als festem Kern schickt sich an, eine eindeutige, von Russland politisch wie kulturell klar abgegrenzte Nationalidentität zu gewinnen – um den Preis des nicht nur militärisch bedingten Verlustes einer beträchtlichen Minderheit, die diesen Schritt nicht gehen will und nicht gehen kann. Denn laut Volkszählung von 2001 gaben gut zwei Drittel der Ukrainer Ukrainisch, immerhin rund 30 % Russisch als ihre Muttersprache an. Die Sache ist noch komplizierter: Eine 2008 durchgeführte Untersuchung machte deutlich, dass neben den 43,7 % das Ukrainische und den 26 % das Russische benutzenden (die sich nur teilweise als ethnische Russen verstehenden) Bewohnern 28,7 % beide Sprachen gleichrangig als die ihren ansahen. Die Trennungslinie zwischen vorwiegend ukrainischsprachiger (im Westen und in der Mitte) und vorwiegend russischsprachiger (im Osten und Süden) Kommunikation deckt sich weitgehend mit der konfessionellen Trennung: Hier dominiert die unierte, also griechisch-katholische und die ukrainisch-orthodoxe

Kirche, dort die russisch-orthodoxe Kirche. Namentlich über die Sprachenfrage hat sich seit den 90er Jahren kein Konsens, nicht einmal ein tragfähiger Kompromiss finden lassen. Ein Gesetz von 2012, das den Regionen neben dem Ukrainischen den offiziellen Gebrauch einer weiteren Sprache zubilligte, blieb auch nach seiner Verabschiedung heiß umstritten. Eine entschlossene Minderheit wollte verhindern, dass Russisch als gleichberechtigte Sprache selbst nur auf regionaler Ebene anerkannt wurde, während laut einer Umfrage aus dem Jahr 2012 eine Mehrheit von 35,6 % (für das gesamte Land) plus 45,3 % (für diejenigen Regionen, die das wünschen sollten) der Ukrainer russischsprachigen Bürgern die Möglichkeit geben wollten, ihren Kindern eine entsprechende Schulbildung zukommen zu lassen. Insofern gab es durchaus einzelne Einstellungselemente, die die Ost-West-Polarisierung konterkarieren. Einstellungen wie sie z.B. auch in repräsentativen Befragungen zur gewünschten außenpolitischen Orientierung (im Frühjahr 2009 nur 14 % für eine einseitige Annäherung an den Westen bei überwältigender positiver Grundhaltung Russland gegenüber) zum Ausdruck kamen.

Letztlich konnten sich jedoch diese Ansätze, die einem übergreifenden Nationsverständnis hätten zugrunde gelegt werden können, gegen die seit

Innere Polarisierung 2003 stärker werdende innere Polarisierung nicht behaupten, und das hatte eminent politische Gründe. In der Stichwahl zur Präsidentschaft im November 2004 betrug die Stimmenanteile des »prowestlichen« Juschtschenko in den Regionen des Westens und der Mitte bis zu 93,5 %, die des »prorussischen« Janukowitsch im Osten und Süden bis zu 96,2 %. Insgesamt ist dieser Graben wohl auch statistisch eindeutig erkennbar.

Bei dessen Vertiefung wirkten externe und interne Faktoren, sich wechselseitig verstärkend, aufeinander ein. In den 90er

Jahren hielten sich sowohl die NATO und die EU, die mit der Einbindung der Länder Ostmitteleuropas und den Krisen in Ex-Jugoslawien beschäftigt waren, als auch das sich im liberalistisch-katastrophischen Wandel befindliche, auf seinen territorialen Kernbestand reduzierte und von weiterer Dekomposition bedrohte Russland gegenüber der Ukraine zurück; diese verfolgte eine Politik der Äquidistanz, die auch der etwa gleichermaßen großen Bedeutung des Handels mit Russland einerseits, mit der EU andererseits entsprach. Nach der Jahrtausendwende bemühten sich beide Seiten immer stärker, die Ukraine ihrem Einflussbereich hinzuzufügen. Russland sah sie als einen Eckstein des angestrebten »Einheitlichen Wirtschaftsraums« (2003) bzw. der Zollunion (2010) unter Einschluss Weißrusslands und Kasachstans und gab die Bereitschaft zu erheblichen wirtschaftlichen Zugeständnissen zu erkennen. Russland hatte unter der Präsidentschaft Wladimir Putins inzwischen die chaotischen Zustände der Jelzin-Periode überwunden, begünstigt durch hohe Energiepreise, und nach außen Handlungsfähigkeit zurückgewonnen. Die ukrainische Führung unter Präsident Leonid Kutschma (1994-2004) machte mit ihrer Schaukelpolitik, mit der sie auf die äußere Dynamik der Mächterivalität und die ihr entsprechende innere Polarisierung reagierte, zunehmend einen getriebenen Eindruck und geriet mehr und mehr in eine Objekt-Rolle. Der geplante wirtschaftliche Zusammenschluss mit Russland musste ebenso nach wenigen Tagen widerrufen werden wie die Zielvorstellung eines EU- und NATO-Beitritts. Der innenpolitische Widerstand war jeweils zu stark.

Fazit: Ein Separatismus seitens der russischsprachigen Ukrainer war, abgesehen von der Krim, bis 2013/14 lediglich peripher vorhanden. Doch stieß eine einseitig prowestliche Ausrichtung des Landes auf Ablehnung im Osten und Süden, umgekehrt eine unzweideutig prorussische Orientierung im Westen und in der Mitte

des Landes. Die beiden äußeren Faktoren, Russland bzw. EU und NATO, taten ihrerseits nicht nur nichts, um den Riss zu kitzen, sondern zwangen die Ukraine zur Entscheidung, indem sie die Suche nach einer nahe liegenden Brückenfunktion des Landes unterließen, ja ablehnten. Unter diesen Umständen, namentlich seit Beginn des mittlerweile lediglich eingefrorenen, durch russische (und weniger offensichtliche US-amerikanische) Beteiligung komplizierten Bürgerkriegs, kann sich ein inklusives und demokratisches, die unterschiedlichen kulturellen Überlieferungen integrierendes

und die Besonderheiten des Landes ausdrückendes Nationsverständnis nicht entfalten. Neben den konkreten militärisch-politischen Vorgängen und verbunden damit ist zu befürchten, dass die Forcierung des west- und mittelukrainischen, hauptsächlich in Absetzung von Russland ausgeformten Nationskonzepts den Graben zu den überwiegend russischsprachigen Teilen so weit aufreißen wird, dass er auch nach Beendigung der Feindseligkeiten und selbst unter der Prämisse freier Entscheidung nicht mehr zugeschüttet werden kann.



Peter Brandt

ist Professor für Neuere deutsche und europäische Geschichte an der Fernuniversität Hagen.

peter.brandt@fernuni-hagen.de

Gernot Erler

Last Exit Minsk

Alles ist gewöhnungsbedürftig an dem Ukraine-Konflikt, der längst zum gefährlichsten Zerwürfnis zwischen dem Westen und der Russischen Föderation seit dem Ende des Kalten Krieges geworden ist. Auch diese eigenartige Geografisierung von politischen Prozessen. Wenn sich also etwa die sogenannte »Normandie-Gruppe« in Minsk trifft (einem Ort, mit dem sich nicht automatisch positive Assoziationen verbinden), dann gibt es Hoffnung auf eine diplomatisch-politische Lösung für diesen Konflikt. Das war der Fall, als am 5. September 2014 »Minsk I« verabredet wurde, konkretisiert in dem »Minsker Memorandum« vom 19. September 2014, im Hinblick auf die geplante Umsetzung.

Aber zur Umsetzung kam es dann nicht. Kein wirklicher Waffenstillstand, kein Abzug der schweren Waffen zur Schaf-

fung einer Pufferzone, schon gar kein Schritt zur konsentierten internationalen Kontrolle der löchrigen russisch-ukrainischen Grenze. Ein unvollständiger Austausch von Gefangenen, das war alles, was von Minsk I Realität wurde. Der Krieg ging weiter, mit wachsenden Opferzahlen. Ein Schockerlebnis für den Westen, der die Bringschuld vor allem auf Seiten der Separatisten und ihrer russischen Unterstützer als nicht erfüllt sah. Für den EU-Ansatz, vollständig auf eine politische Lösung zu setzen, wenn das Vereinbarte einfach ignoriert wurde, stellte sich die Sinnfrage. Kein Wunder, dass die Diskussion über eine vermeintliche Alternative aufbrach, nämlich Waffenlieferungen an die Ukraine.

Was sollte man machen? Sich einfach nochmals an den Verhandlungstisch setzen und wieder von vorne anfangen? Es bestand die Gefahr, dass man sich lächer-